

Neue Details zur Umverteilung nach der Krise

52 Milliarden Euro aus Deutschland nach Europa: Das ist die Corona-Quittung der EU

Mittwoch, 07.10.2020, 08:12

Ende Juli beschlossen die Staatschefs der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in einer Marathon-Sitzung, dass die EU erstmals in ihrer Geschichte eigene Schulden aufnimmt. Und zwar für einen Aufbaufonds namens „Next Generation EU“.

Konkret sollen dafür 750 Milliarden Euro über Anleihen aufgenommen werden, die wiederum bis 2024 an die Mitgliedsstaaten ausgeschüttet werden. 390 Milliarden Euro davon **sind geschenkt, die restlichen Gelder müssen die Mitgliedsstaaten bis spätestens 2058 zurückzahlen.**

Noch unklar aber ist, wer wie viel beisteuert, wenn es darum geht, die Rechnung zu bezahlen – und damit auch der Anteil Deutschlands an den 390 Milliarden Euro, die verschenkt werden: Sowohl auf der Nehmen- als auch auf der Geben-Seite.

An den Krediten hat die Bundesregierung schonmal kein Interesse: „Sie sind für Deutschland nicht attraktiv, da Deutschland sich günstiger am Markt finanzieren kann als die EU“, zitiert die **„Welt“** aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Gerald Ullrich.

Knapp 23 Milliarden Euro bekommt Deutschland von der EU

In der Antwort erklärt die zuständige Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium dem Bericht zufolge aber auch, mit wie viel Geld sie aus dem Wiederaufbauplan aktuell rechnet. So könne Deutschland in den beiden kommenden Jahren mit rund 15,2 Milliarden Euro an Zuschüssen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) rechnen. Der ARF ist der zentrale Fonds des Wiederaufbauplans.

Diese Angabe deckt sich mit Angaben der EU-Kommission aus dem September und basiert auf einem neuen Verteilungsschlüssel für die Gelder, den Teilnehmer des Gipfels im Juli ebenfalls beschlossen hatten.

Die Summe der an Deutschland gehenden Hilfgelder dürfte sich demnach 2023 erhöhen. Denn dann könne Deutschland mit weiteren 7,5 Milliarden Euro rechnen. Allerdings sei dies nur ein vorläufiger Wert, der auf der aktuellen Konjunkturprognose der EU-Kommission beruhe. Erst wenn klar ist, wie stark die Konjunktur in den EU-Ländern infolge der **Corona**-Krise eingebrochen ist, könne die genaue Summe berechnet werden.

Stand jetzt aber rechnet die Bundesregierung mit knapp 23 Milliarden Euro aus dem zentralen Topf des Wiederaufbauplans. Daneben werden noch Gelder aus kleineren Programmen nach Deutschland fließen.

Deutschland muss fast ein Viertel der EU-Geschenke bezahlen

Fest steht aber jetzt schon, dass Deutschlands Beitrag viel höher ausfallen wird. Mit anderen Worten: Unterm Strich zahlen wir sicher drauf. Fraglich war bislang aber auch hier, um welche Summen es geht. Und auch dazu steht in der Antwort der Bundesregierung Aufschlussreiches.

Um das Geld für die Hilfszahlungen zusammen zu bekommen, wird die EU-Kommission erstmals in großem Umfang selber Schulden aufnehmen – in Form von Anleihen, die sie verkauft und später mit Geldern aus dem EU-Haushalt wieder zurückzahlt. Bis spätestens 2058 soll das erfolgt sein.

Den EU-Haushalt wiederum finanzieren die Mitgliedsstaaten, indem sie einen Teil ihrer Steuereinnahmen an Brüssel abgeben. Wie viel hier jedes Land beizutragen hat, hängt von der jeweiligen wirtschaftlichen Stärke ab. Dieser Anteil aber soll nun auch für die Berechnung des Beitrags für den Hilfsfonds gelten.

„Die Rückzahlung der Anleihen in Bezug auf den Zuschussteil des Aufbauinstruments (390 Mrd. Euro) wird aus dem EU-Haushalt erbracht, sodass diesbezüglich der gleiche Finanzierungsanteil wie generell für den EU-Haushalt gilt“, zitiert die „Welt“ aus der Antwort der Bundesregierung. „In der kommenden Finanzperiode wird dieser für Deutschland voraussichtlich rund 24 Prozent betragen.“

Unterm Strich gibt Deutschland rund 52 Milliarden Euro an andere Staaten ab

Die kommende Finanzperiode endet 2028. Bis dahin also wird Deutschland jedes Jahr knapp ein Viertel der EU-Schulden begleichen. Wie hoch Deutschland Finanzierungsanteil für den EU-Haushalt in den Jahrzehnten danach sein wird, steht noch nicht fest. Das hängt unter anderem davon ab, wie schnell die deutsche Wirtschaft im Vergleich zu anderen EU-Ländern wächst und ob neue EU-Mitglieder hinzukommen werden. Außerdem sind neue Steuern geplant, die von den Steuerzahlern direkt in den EU-Haushalt fließen sollen.

Wahrscheinlich aber wird Deutschlands Beitrag ab 2029 ähnlich groß ausfallen wie in den Jahren davor. In diesem Falle würden bis 2058 rund 75 Milliarden Euro deutscher Steuergelder in den EU-Haushalt fließen. Abzüglich der knapp 23 Milliarden Euro an Zuschüssen zahlt Deutschland netto somit rund 52 Milliarden Euro in den zentralen Wiederaufbautopf ein.

„Auch Deutschland könnte das Geld brauchen“

Das ist weitaus mehr Geld, als ursprünglich erwartet – weil die Summe, die nach Deutschland fließt viel geringer ausfällt, als gedacht: Die Brüsseler Denkfabrik Bruegel hatte direkt nach dem Gipfel ausgerechnet, dass Deutschland mit rund 47 Milliarden Euro aus dem Wiederaufbauplan rechnen könne.

„Nach derzeitigem Stand zahlt Deutschland 52,3 Mrd. Euro mehr an die EU, als es im Wiederaufbauplan zurückbekommt“, bestätigt nun Ullrich gegenüber der „Welt“. Europäische Solidarität sei wichtig, so der **FDP-Politiker** weiter, „aber das ist ein krasses Missverhältnis. Und das, obwohl auch die deutsche Wirtschaft unter den Corona-Maßnahmen stark gelitten hat.“

Ullrich kritisiert, die Bundeskanzlerin „hätte **in Brüssel** härter verhandeln müssen. Auch Deutschland könnte das Geld für dringend benötigte Investitionen in den Bereichen Bildung und Digitalisierung brauchen.“

https://www.focus.de/finanzen/steuern/unsummen-fuer-den-wiederaufbau-nach-der-krise-52-milliarden-euro-aus-deutschland-nach-europa-das-ist-die-corona-quittung-der-eu_id_12512721.html

